



Schauplatz der Tagung 1814, 1914, 2014, bei der die Interviews und Texte dieser Beilage entstanden sind: Das Schloss Leopoldskron in Salzburg, Sitz des Salzburg Global Seminars.

Foto: Andrea Lopez Portillo/Salzburg Global Seminar

... Visionen für die Zukunft

Keine Schlafwandler, sondern Architekten des internationalen Systems.

Von Stephen Salyer

Der Wiener Kongress fand vor genau 200 Jahren, vom September 1814 bis Juni 1815, statt. Damals waren die europäischen Mächte Architekten eines neuen internationalen Systems, auf dessen Grundlage sie Europa nach 25 Jahren Krieg wiederaufbauten. Ihre Erben, die Akteure des Jahres 1914, glichen demgegenüber eher „Schlafwandlern“, die nach fast 100 Jahren Frieden erneut in einen Krieg „stolpern“.

Braucht die internationale Gemeinschaft deswegen heute eine weitere Katastrophe – oder zumindest deren Androhung –, um sich als Architekten statt als Schlafwandler zu verhalten? Führungspersonlichkeiten müssen derzeit mit komplexen und sich rasch verändernden Herausforderungen umgehen. Noch vor zwei Jahren wären die russische Krim-Annexion und der Krieg in der Ukraine undenkbar gewesen; genauso wie die Staatschefs Bush, Blair und andere 2003 nicht erwartet hätten, dass große Teile des Irak zehn Jahre später fest im Griff des „Islamischen Staates“ sein würden.

Der Mittlere Osten wirkte bis jetzt wie Europa im Jahre 1848, als die Revolutionen des Völkerfrühlings lange anhaltende Nachwirkungen auf die betroffenen Nationen hatten. Weder verbreiteten sich damals die Revolutionen auf alle Länder Europas, noch gab es interregionale Konflikte oder wurden externe Kräfte miteinbezogen.

Jetzt aber, da die USA wieder militärische Operationen im Irak durchführen und Konflikte in Syrien sowie im weiter entfernten Afghanistan brodeln,

kann die Situation durchaus mit 1914 verglichen werden, als ein anfangs lokaler Konflikt die Großmächte in den Krieg hineinzog.

Parallelen bestehen auch zum Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer, wo die Rivalität Japans und Chinas die USA zum Handeln zwingen könnte und die Gefahr besteht, dass sich auf diese Weise regionale Spannungen zu einem globalen Konflikt ausweiten.

Abgesehen von möglichen Fehleinschätzungen sowie der potenziellen Verwicklung von Bündnispartnern in regionale Konflikte, wartet noch eine weitere gewaltige Katastrophe, auf die wir scheinbar wie im Schlaf zusteuern: der Klimawandel.

In diesem Bereich brauchen wir unbedingt Architekten, die Bedrohungen artikulieren und ihre Mitbürger davon überzeugen, dass es in ihrem eigenen Interesse ist, weitreichende und kreative Maßnahmen zu fordern, auch um den zahlreichen Klimamigranten, die als Folge des Klimawandels zur Flucht gezwungen sind, eine Perspektive zu bieten. Ganz abgesehen von drohenden globalen Gesundheitskrisen, Hungersnöten und Wasserknappheiten.

Während die Instabilität heutzutage zunimmt, ist die Frage berechtigt, wie ein Bezug auf die Geschichte uns helfen kann, mit aufkommenden Gefahren umzugehen und das Risiko künftiger Konflikte zu reduzieren. Welche Lehren aus der Vergangenheit können wir ziehen, um das öffentliche Vertrauen in das internationale System wieder zu stärken und unsere Entscheidungsträger zu Lösungen zu drängen?

Ende August 2014 veranstalteten das Salzburg Global Seminar und das International Peace Institute ein hochkarätiges Treffen mit internationalen Persönlichkeiten aus Politik, Diplomatie, Militär und Wirtschaft sowie Historikern, Politikern und Schriftstellern. Gemeinsam suchten wir Lehren aus der Vergangenheit, um eine Vision der Zukunft zu beschreiben – eine, die Historiker in weiteren 200 Jahren zu der Schlussfolgerung führen könnte, dass die heutigen Entscheidungsträger Architekten und keine Schlafwandler waren.



Foto: Ela Grieshaber/SGS

Stephen Salyer ist Präsident des Salzburg Global Seminar (Salzburg/Washington), das in Salzburg die Veranstaltungsreihe „Lessons from the Past, Visions for the Future“ abhielt.

Über die Tagung und diese Beilage

Von Charles Ehrlich

Exakt 200 Jahre nach der Eröffnung des Wiener Kongresses organisierten Salzburg Global Seminar und das International Peace Institute gemeinsam die Tagung „Lessons from the Past, Visions for the Future“, um offene und informelle Gespräche über internationale Diplomatie durchzuführen. Während einer Woche im August 2014 kamen führende Persönlichkeiten aus Politik, Diplomatie, Militär und Wirtschaft zusammen mit Historikern, Journalisten, Politikwissenschaftlern und Schriftstellern aus sechs Kontinenten. Die Kulisse bildete Schloss Leopoldskron, Sitz des Salzburg Global Seminars und ehemaliger Wohnsitz von Max Reinhardt, Gründer der Salzburger Festspiele, der diese auch als Friedensfestspiele nach dem Ersten Weltkrieg ins Leben rief.

Die Teilnehmer diskutierten den Wiener Kongress (1814-1815), den Ersten Weltkrieg (1914-1918), sowie die komplexen und in vielen Fällen zusammenhängenden Herausforderungen von heute – in der Ukraine, dem Nahen Osten und dem Südchinesischen Meer, sowie den Klimawandel, wachsende soziale Ungleichheit und die Folgen der globalen Finanzkrise.

Die Wiener Zeitung sprach mit den Teilnehmern, um zu verstehen, wie in einer Phase wachsender Instabilität ein besseres Geschichtsverständnis helfen kann, neuen Bedrohungen zu begegnen und das Risiko zukünftiger Konflikte zu verringern; auch um auf diese Weise das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Lösungskompetenz gesellschaftlicher Führungskräfte wiederherzustellen und letztendlich zu prüfen, inwiefern die Lehren aus der Vergangenheit genutzt werden können um ein funktionsfähiges internationales System für das 21. Jahrhundert zu schaffen. Die Interviews und Kommentare werden in dieser Beilage vorgestellt.

Charles Ehrlich ist Programmdirektor beim Salzburg Global Seminar und war federführend für die Organisation der Tagung verantwortlich.

1814, 1914 und 2014 ereigneten sich unter sehr unterschiedlichen Umständen, aber es gibt einige interessante und provokante Ähnlichkeiten. Man kann sagen, es waren entscheidende Zeitpunkte in der Weltgeschichte. Bei 1814 ist das deutlich zu sehen – die lange Phase mit den Französischen Revolutionskriegen und den Napoleonischen Kriegen endete, und auf diese Kriegsphase folgte eine stark veränderte Welt.

1914 markierte das Ende dieser langen, in der europäischen Geschichte zuvor praktisch noch nie dagewesenen Phase des Friedens von 1814 bis 1914. Es gab in Europa zwar kurze Kriege, aber diese waren überwiegend schnell entschieden. Und so könnte man den Europäern vergeben, wenn sie 1914 dachten, in einer Welt zu leben, in der Krieg überflüssig wurde und es ihn zumindest auf ihrem Kontinent nicht mehr geben würde – und dass sie ein weiteres Jahrhundert außerordentlichen Fortschritts, Friedens und Wohlstands erwarten könnten.

Wachsende Verflechtung

Denn das war es, worauf sie 1914 zurückblicken konnten. Heute wissen wir, dass 1914 nicht der Anfang eines weiteren blühenden Jahrhunderts war. Es war der Anfang eines der schlimmsten Jahrhunderte in der europäischen Geschichte – und der Weltgeschichte.

2014 ist aufgrund seiner Nähe schwieriger zu beurteilen, aber es herrscht Einigkeit darüber, dass die Ereignisse dieses Jahres besorgniserregend sind und nahelegen, dass es gewisse globale Verschiebungen gibt, deren Konsequenzen uns lange Zeit beschäftigen werden. Also kann es helfen, auf diese drei, je 100 Jahre voneinander entfernten Schlüsselmomente zu blicken. Sie ähneln einander dahingehend, dass sie in Welten stattfanden, die sich in einem Prozess wachsender Verbindungen befanden. Europa war als Ergebnis der Napoleonischen Kriege stärker verflochten: teilweise aufgrund der Auswirkungen der Kriege selbst, aber auch wegen der beginnenden großen Veränderung durch die Industrielle Revolution. Auch Reisen und Kommunikation verbesserten sich in Europa.

Die Phase um 1914 war eine Phase wachsender Verflechtung – nicht nur in Europa, sondern zunehmend weltweit. Die erste große Ära der Globalisierung vor unserer Zeit waren die zwei Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg, als die Welt auf verschiedenste Arten vernetzt war. Im Jahr 1914 gab es ähnliche Sorgen, wie wir sie heute haben: über die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich; über die Art, wie der Mittelstand unter Druck kam; und über die Art, wie jene, die sich von ihren eigenen Gesellschaften entfremdet und marginalisiert fühlten, zur Gewalt neigten. In der Phase vor 1914 gab es unter Europäern und auch in Teilen Nord- und Südamerikas die wachsende Sorge, dass die Welt ein gefährlicher Ort wurde. Die Art des Krieges veränderte sich ebenfalls in allen drei Perioden. Die Französischen Revolutionskriege hatten eine neue Beziehung zwischen den Staatsangehörigen eines bestimmten Landes und seinen Regierungen geschaffen. Die Menschen waren in vielen europäischen Ländern – beginnend mit Frankreich – von Staatsangehörigen zu Bürgern geworden.

Ein gewaltiger Wandel in der Kriegstechnologie ist sowohl heute



Margaret MacMillan bei ihrem Vortrag.

Foto: Ela Grieshaber/SGS

Parallelen und viele Fragezeichen

1814 - 1914 - 2014: Zwischen diesen Jahren gibt es eine Reihe von Ähnlichkeiten, von denen wir aber nicht wissen, ob ihre Betrachtung uns zukünftig weiterhilft. Es bleiben vor allem Rückblicke - und offene Fragen.

Von Margaret MacMillan

als auch 1914 zu sehen – 1814 gab es den in diesem Ausmaß nicht. In der Zeit vor 1914 konnten die Europäer dank der Erfolge der europäischen Industrie in Wissenschaft und Technik gewaltige Armeen aufbauen, auf die Schlachtfelder schicken und sie dort so lange versorgen, wie es in früheren Kriegen undenkbar gewesen wäre. Und natürlich wurden sie wesentlich effizienter darin, sich gegenseitig umzubringen. In unserer Zeit sind es die Entwicklung neuer Waffenarten, etwa neuer Dronentechnologien, und das Potenzial biologisch-chemischer Kriegsführung, womit wir uns mehr und mehr beschäftigen müssen.

Russlands Entfremdung

Was es ebenfalls in jeder der drei Perioden zu beobachten gibt, ist das Gleichgewicht zwischen jenen Kräften, die auf Krieg drängen, und jenen, die Frieden wollen. Manchmal gewinnen eher die Kräfte, die Krieg wahrscheinlicher machen, und manchmal eher jene, die auf Frieden drängen. Wir müssen aber auch menschliches Handeln mitbeachten. Natürlich ist unsere Geschichte von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, intellektuellen und religiösen Kräften beeinflusst, aber es gibt Schlüsselmomente, in denen hauptsächlich aus Machtpositionen heraus Entscheidungen getroffen werden.

Wir müssen uns nur vor Augen

führen, was der Wiener Kongress bedeutet hat. Das europäische Konzert, das aus der Konferenz in Wien 1814/15 entstand, brachte den europäischen Nationen das Verständnis nahe, dass sie ein gemeinsames Interesse am Frieden haben. Es half, eine Gemeinschaft der Nationen zu schaffen und Staatsmännern bewusst zu machen, dass es andere Wege der Konfliktlösung gibt als Krieg.

Aber dieses System hielt nicht; es begann mit dem Krim-Krieg in den 1850er Jahren zusammenzuberechnen. Als die Großmächte Großbritannien und Frankreich gegen Russland in den Krieg zogen, diente das dazu, Russland zu entfremden und es aus einem internationalen System zu treiben, an dem es stark beteiligt war.

Im Jahr 1914 kam es zum Zusammenbruch des Konsenses, der sich nach den Napoleonischen Kriegen eingestellt hatte, und Staaten griffen zunehmend wieder zur Haltung des 18. Jahrhunderts zurück, dass internationale Beziehungen ein anarchisches System wären, in dem jemand zu verlieren und jemand zu gewinnen hätte. Die Europäer gingen mit dem Glauben in den Ersten Weltkrieg, dass es ein kurzer und entscheidender Krieg werden würde.

Wir wissen, er war es nicht. Europa blieb 1918 schwer beschädigt zurück. Es hatte viel seines Wohlstands und seiner Überlegenheit in der Welt verloren. Es war

vom mächtigsten Teil der Welt zu einem verarmten geworden, seine Imperien begannen zu schwanke, und neue Mächte, besonders die Vereinigten Staaten, kamen gestärkt auf die Weltbühne. Dieser Krieg half auch die Bedingungen zu erschaffen, aus denen der Zweite Weltkrieg entstand. Ich glaube, man kann sagen, dass es den Zweiten Weltkrieg mit diesem unglaublichen Schrecken nicht gegeben hätte ohne dem, was zwischen 1914 und 1918 passierte. Die Tragödie des Friedensstiftens von 1919 und unmittelbar danach war, dass die objektiven Bedingungen für Frieden einfach nicht gegeben waren. Anders als beim Wiener Kongress, als Europa bereit für Frieden war, gab es nach 1918 in vielen Fällen wachsende revolutionäre Kräfte: Nicht nur Bolschewismus und Faschismus, die dabei waren, Vorbilder für ähnliche Bewegungen weltweit zu werden, sondern auch die wachsenden revolutionären Kräfte des ethnisch basierten Nationalismus, die fast unmöglich in Schach zu halten und zu befriedigen waren.

Grenzen nach 1919

Die Friedensstifter der Friedenskonferenz von Paris 1919 fanden sich in einer Situation wieder, Grenzen für ethnisch basierte Staaten im Zentrum Europas, in denen die Volkszugehörigkeiten komplett vermischt waren, zu zie-

hen. Als sie schließlich zu so etwas wie Grenzen nach 1919 kamen, war etwa ein Drittel aller Bewohner im Zentrum Europas eine ethnische Minderheit in dem Staat, in dem es sich wiederfand, und es handelte sich nun um ethnisch fundierte Staaten.

Es gab damals auch starke Hoffnungen, dass je stärker die Welt wirtschaftlich verflochten werde, desto sicherer und stabiler würde sie. Wie wir wissen, geschah das damals nicht. Es war aber ein ehrenwerter Versuch – und 1945 wurde ein neuer Versuch unternommen, eine internationale Weltordnung zu schaffen. In dieser Periode engagierten sich die USA – anders als zuvor – am Aufbau einer großen Zahl an internationalen Institutionen, und obwohl der Kalte Krieg dazwischen kam, wurde er immerhin nicht zu einem heißen Krieg.

Dieses System brachte uns eine lange Periode des Friedens. 2014 markiert vielleicht das Ende dieser Periode des Internationalismus und der internationalen Kooperation seit 1945. Wir sehen zunehmend politische Alleingänge bestimmter politischer Mächte, die das System untergraben – wie zuletzt vor allem von Präsident Putin auf der Krim und in der Ukraine. Es könnte sein, dass wir nun in einer Periode des Wandels leben – so wie die Menschen nach Verlassen des Systems des Wiener Kongresses und dem Scheitern des

Völkerbundes. Aus diesen beiden vergangenen Perioden gibt es für uns einige Lektionen zu lernen. Wir müssen einen Weg finden, mit dem Kampf leben zu können, den es in Gesellschaften und internationalen Ordnungen zwischen den Kräften der Stabilität und des Wandels immer gibt. Wie schaffen wir es, den Wandel in Grenzen zu halten, ohne ihn zu verhindern, wie schaffen wir es, Stabilität zu erhalten?

Ein weiteres Problem, mit dem die Menschen in den damaligen Perioden zu kämpfen hatten, und mit dem auch wir zu kämpfen haben, ist die Frage, wie wir mit dem Ende von Imperien umgehen. Wir tendieren dazu, nicht in Imperien zu denken, weil die meisten davon verschwunden sind, aber wir sehen das Problem seit dem Auftauchen der Länder an der Peripherie der alten Sowjetunion. Wie gehen wir also mit neuen Staaten um, die aus Imperien hervorgehen, in denen sie keine Erfahrung von Autonomie hatten?

Wie gehen wir mit dem Wandel der öffentlichen Meinung um? Seit Beginn des 19. Jahrhunderts ist öffentliche Meinung ein Faktor, dessen sich jede Regierung bewusst sein muss. Die Antwort auf diese Frage wird zunehmend schwieriger, da die öffentliche Meinung fließend wurde und sich in vielen verschiedenen Medien äußern kann. Medien wie Twitter werden in Krisen immer wichtiger, da sie wesentlich aktueller sind als konventionelle Medien. Das ist nicht notwendigerweise eine gute Sache, solche Medien können auch irreführend und gefährlich sein.

Wie gehen wir mit der Gefahr von lokalen Konflikten um, die dort, wo es Interessen von Großmächten gibt, möglicherweise größere Auswirkungen haben? Ähnliche Gefahren wie am Balkan 1914 sehen wir heute im Nahen Osten, im Irak und in Syrien und auch im Ost- und Südchinesischen Meer, wo lokale Konflikte von Großmachtkonflikten überlagert werden.

Wie gehen wir mit der Notwendigkeit um, Vertrauen zwischen den Nationen zu schaffen? Genauso wie früher sind auch heute Staatskunst, Führungskraft und Diplomatie dabei sehr wichtige Werkzeuge. Die Verflechtung der globalen Ordnung ist heute im Vergleich zu früher beispiellos. Aber wie schaffen wir internationale Institutionen und Normen, die funktionieren? Und wie stützen wir jene, die wir bereits haben?

Wie gehen wir mit der internationalen Machtverschiebung um, die sich abzeichnen beginnt? Wir erleben vermutlich das Ende der amerikanischen Hegemonie, die seit dem Ende des Kalten Krieges geherrscht hat. Wird China bereit sein, die Rolle zu spielen, die die USA und Großbritannien beim Aufrechterhalten der Weltordnung spielten? Oder wird es eine Reihe von regionalen Großmächten ohne globalen Hegemon geben? Das ist – wie so vieles – schwer vorherzusehen.

Weltgemeinschaft?

Die Probleme, denen wir uns stellen müssen, sind nicht nur politischer Natur. Wie gehen wir mit Umweltthemen um, die die Welt als Ganzes betreffen? Wie mit sozialer Ungleichheit, der Kluft zwischen Arm und Reich? Wie mit dem gewaltigen Anstieg an Flüchtlingen? Wie wenden wir uns den wirtschaftlichen Instabilitäten zu? Seit 2008 haben wir eine schwierige Zeit durchlebt, aber wir sind keineswegs über den Berg, und es gibt gute Gründe anzunehmen, dass unser Wirtschaftssystem viel fragiler ist, als wir glauben wollen.

Wie gehen Regierungen und Parteien mit ihrer eigenen Wählerschaft um, die von der Politik desillusioniert und ernüchtert ist? Eines der großen Probleme der Europäischen Union ist, dass die Menschen vergessen haben, warum ihre Gründung so notwendig und wertvoll war. Von fundamentaler Bedeutung wird schließlich die Frage sein, ob die internationale

Weltordnung zusammenbricht oder ob sie sich verändert? Kann man weiterhin überhaupt von einer Weltgemeinschaft mit gemeinsamen Werten und Regeln und Respekt für die Rechte und Interessen anderer sprechen? Ich glaube, alle diese Fragen sollte man sich stellen. Möglicherweise hilft uns schon allein ihre Betrachtung dabei, klarer zu sehen, was es braucht und was wir alle gemeinsam tun könnten.

Margaret MacMillan, geboren 1943 in Toronto, ist Professorin für internationale Geschichte an der Universität Oxford und Leiterin des St. Antony's College. Dieser Text ist ein Auszug ihrer Eröffnungsrede bei der Veranstaltung, die das Salzburg Global Seminar und das International Peace Institute gemeinsam veranstalteten. Ihr jüngstes Buch heißt „The War That Ended Peace. The Road to 1914“ und ist bei Profile Books in London erschienen.

„Wiener Zeitung“: Kanada ist von Russland durch den Arktischen Ozean und den Nordpazifik getrennt. Beide Länder sind Nachbarn. Wie sieht Kanada heute Russland und Russlands Rolle in der Ukraine?

John Baird: Wir haben von Anfang an eine robuste Antwort darauf gefordert. Im Jahr 2014 ist es unakzeptabel, wenn ein Mann im Kreml Europas Grenzen mit Militärgewalt verändern will. Es braucht eine starke Antwort. An Sanktionen beteiligt Kanada sich.

Kanadas Interessen könnten in Zukunft direkt mit den Interessen Russlands kollidieren – in der Arktis. Russland ist in diesem Punkt sehr bestimmt. Was ist Kanadas Position?

Im hohen Norden gibt es bedeutende wirtschaftliche Möglichkeiten im Energiesektor. Wir wollen sicherstellen, dass damit verantwortungsvoll umgegangen wird und die Menschen im Norden von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Arktis profitieren können. Im Arktischen Rat sind wir im Großen und Ganzen recht effektiv, dem Ganzen einen Rahmen zu geben und wir hoffen, das fortzusetzen.

“ Im Jahr 2014 ist es unakzeptabel, wenn ein Mann im Kreml Europas Grenzen mit Militärgewalt verändern will. **“**

Kanada ist eines jener Länder, die dem Völkerrechtsansatz der Schutzverantwortung „Responsibility to Protect“ zum Durchbruch verholfen haben. Nach diesem Prinzip sollen Menschen von der internationalen Staatengemeinschaft vor schweren Menschenrechtsverletzungen und Brüchen des humanitären Völkerrechts geschützt werden. Wenn man sich ansieht, was in Syrien und im Irak passiert: Wird genug getan?

Ich glaube, wir können niemals genug tun, um auf eine riesige humanitäre Krise und eine riesige Sicherheitsaufgabe wie diese zu antworten. Der Aufstieg von Extremisten in Syrien und das Ausmaß dieses ganzen Konflikts sind unglaublich. Ich glaube aber nicht, dass es auf jede Krise eine mili-

tärische Antwort gibt. Allerdings haben uns unsere Institutionen im Stich gelassen. Der UN-Sicherheitsrat ist unfähig sich mit dem, was in Syrien seit mehr als dreieinhalb Jahren passiert, erfolgreich auseinanderzusetzen. Wir haben versucht, auf die humanitäre Herausforderung zu antworten. Kanada versucht, als Vorbild den Opfern des Konflikts zu helfen.

Was kann Kanada tun, sollte es zu einer neuerlichen Flüchtlingswelle aus dem Irak und Syrien kommen?

Wir haben etwa zehn Prozent von ausgewiesenen Flüchtlingen aufgenommen und werden weiterhin unseren Teil tun. Gleichzeitig wollen wir eine integrative, pluralistische Gesellschaft im Irak sehen.

Kanada hat einen großen Anteil an Einwanderern in seiner Bevölkerung. Gibt es eine Lektion, die Europa von Kanada in diesem Punkt lernen kann?

Ich glaube nicht, dass wir in diesem Punkt besser oder schlechter als Europa dastehen. Wir sind eine sehr offene Gesellschaft, die Einwanderer aufgenommen hat. Vielleicht forcieren wir kanadische



John Baird über die Krise in Syrien: „Wir können niemals genug tun.“

Foto: Ela Grieshaber/SGS

Werte stärker als andere. Wenn jemand nach Kanada kommt und es zu seiner Heimat machen will, muss er die kanadischen Werte annehmen. Das sind Menschenrechte, Freiheit, Pluralismus und die Gleichheit der Geschlechter. Die sind uns sehr wichtig und nicht verhandelbar.

Wie schätzen Sie die derzeitige Stärke der Europäischen Union ein – nach all den Diskussionen um einen Austritt der Briten und der Tatsache, dass sich Europa immer noch nicht von den Folgen der Finanzkrise erholt hat?

Die EU ist besonders in der Außenpolitik eine kraftvolle Macht und ein großartiger Partner für Kanada. Wir sind sehr begeistert über das Handelsabkommen Ceta, das unsere Wirtschaftsräume stärken wird.

Viele Amerikaner sind überrascht über die Tatsache, wie gut die Verhandlungen für Ceta im Vergleich zum US-EU-Abkommen TTIP gelaufen sind. Worin liegt der Unterschied im Verhandlungsstil zwischen beiden Abkommen?

Wir hatten zwei bis drei Jahre lange Verhandlungen, TTIP startete erst vergangenes Jahr. Die TTIP-Verhandlungen werden für die ganze Welt interessant zu beobachten sein. Es ist das erste Mal, dass sich die USA mit jemandem an den Verhandlungstisch gesetzt haben, der wirtschaftlich und als Markt größer ist.

“ Wir begrüßen Handelsliberalisierungen auf der ganzen Welt – auch TTIP. **“**

Sollte TTIP scheitern, könnte Kanada profitieren. Unternehmen könnten sich aufgrund des Ceta-Abkommens in Kanada ansiedeln. Wir wollen eine starke amerikanische Wirtschaft, wir betreiben 70 Prozent unseres Handels mit den USA. Wir begrüßen Handelsliberalisierungen auf der ganzen Welt – auch TTIP.

John Baird war von 2011 bis Jänner 2015 Kanadas Außenminister. Der 45-Jährige ist Vertreter der Konservativen Partei Kanadas. Das Gespräch entstand noch während seiner Amtszeit.

„Das ist kein Kalter Krieg“

Lettlands Ex-Präsidentin Vaira Vike-Freiberga sorgt sich um ihre Heimat und Wladimir Putins neue Art von Krieg.

Von Matthias Nagl und Thomas Seifert

„Wiener Zeitung“: Einige europäische Staaten, darunter Ihre Heimat Lettland, sind sehr besorgt aufgrund der Krise in der Ukraine. Was ist Ihr Rat an die EU, wie sollen wir mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin umgehen?

Vaira Vike-Freiberga: Das ist eine der großen Fragen für mindestens die kommenden zehn Jahre. Wie können wir mit einer Person umgehen, die in systematischer und geplanter Weise eine Vision Russlands und seiner Position in der Welt hat, die sich mehr und mehr von dem Konzept entfernt, das nach dem Kollaps der Sowjetunion von allen akzeptiert war? Die Haltung im Westen war damals, dass wir – als vormals von der Sowjetunion annektierte Länder – lobbyieren mussten, damit uns erlaubt wird, zur westlichen Gemeinschaft zurückzukehren. Man fürchtete, Russland könne zornig werden. Ich versichere Ihnen, dass das Russland unter Ex-Präsident Boris Jelzin komplett anders agierte. Es ist wichtig, die Welt daran zu

erinnern, dass Russland damals die Ukraine anerkannte und ihre territoriale Integrität garantierte. Russland unterzeichnete mit den westlichen Alliierten sogar ein Abkommen, die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine zu garantieren. Dafür gaben die

Es gab die Hoffnung, dass auch das russische Volk versteht, was Freiheit bedeutet. Nun, sie haben sich leider davon entfernt.

Ukrainer ihr großes Atomwaffen-Arsenal auf. Nun hören wir das Argument, dass wir vorsichtig sein müssen. Die Ukrainer dürfen ebenso wenig wie die Letten und ihre Nachbarn etwas tun, das die Russen ärgern könnte, weil sie Atomwaffen haben.

Wie hat Putin Russlands Politik verändert?

Fakt ist, dass in Russland der Präsident entscheidet. Dieser Richtungswechsel war eine Veranlassung des Präsidenten. Unglücklicherweise weicht der neue Kurs stark von dem Jelzins ab. Damals hofften wir, dass aus Russland ein Land wird, das die Fesseln des Totalitarismus abwirft. Das im Westen manchmal kolportierte Bild vom mystischen Russland hatte nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Die Sowjetunion war ein multinationales Imperium. Dieses Gebilde war totalitär, wurde von vielen Menschen abgelehnt und letztlich gestürzt. Damals gab es die Hoffnung, dass auch das russische Volk versteht, was Freiheit bedeutet. Nun, sie haben sich leider davon entfernt.

Putin sagte sinngemäß, überall, wo Russen sind, ist Russland...

Es scheint als wäre Herr Putin mit einer völlig neuen Doktrin aufgetaucht, die uns, würde sie wörtlich

genommen, eine Welt in totalem Chaos und Blutvergießen bringen würde.

Ihr Land hat eine russische Minderheit von etwa 26 Prozent. Das ist ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung. Was bedeutet das für die Beziehung der lettischen Letten mit den russischen Letten?

So wie Putin nun seine Doktrin umrahmt hat, braucht es nur ein paar Provokateure, die eine Demonstration starten. Die muss gar nicht einmal beeindruckend sein, um zu sagen: „Oh, unsere Leute dort werden unterdrückt“ und um einzumarschieren. Mit dieser Haltung könnten sie einfach so mit Mann und Maus einmarschieren.

Im Westen gibt es auch Stimmen, die sagen: „Vielleicht war es unser Fehler, vielleicht haben wir etwas falsch gemacht.“ Hätte der Westen etwas anders machen sollen?

Dieses wunderbare Gefühl der Schuld und Selbstgeißelung habe ich in der Geschichte noch von

niemandem gesehen. Ich frage mich, wo diese Ideen herkommen. Unsere Länder haben unter großen Bemühungen ihre Freiheit erlangt. In meinem Land gab es wie in Polen oder Tschechien riesige soziale Kosten dieses enormen Wechsels von verordnetem Kommunismus zu frei gewähltem Kapitalismus. Viele Leute haben darunter gelitten und unsere Einkommen haben in 20 Jahren noch nicht das Niveau wohlhabender westlicher Länder erreicht. Ist das unsere Schuld? Weil wir am Leben sind? Warum sollte sich jeder schuldig fühlen?

Wenn Sie an die Zukunft denken: Wie, glauben Sie, werden die nächsten zehn Jahre aussehen? Bewegen wir uns zurück in Richtung eines neuen Kalten Krieges?

Oh nein. Das ist kein Kalter Krieg mehr. Seit sie mit Panzern in Georgien einmarschiert sind, ist das kein Kalter Krieg mehr. Alle sind besorgt wegen eines Kalten Kriegs, ich bin besorgt wegen eines heißen Kriegs. Der Einmarsch in Georgien 2008 war ein Warnschuss. Die Besetzung der Krim war eine neue Art von Krieg: Diese kleinen grünen Männer, die auftauchen und ein Land von einem Tag auf den anderen übernehmen. Und das annektierende Land sagt: „Wir haben überhaupt nichts gemacht, es ist einfach auf mysteriöse Weise passiert.“ Und alle sagen: „Ja, so wird es wohl sein, vermutlich haben sie das Recht dazu.“ Wenn wir auf diese Weise weitermachen, stecken wir in großen Schwierigkeiten.

Vaira Vike-Freiberga wurde am 1. Dezember 1937 in Riga geboren. Sie war von 1999 bis 2007 Präsidentin der Republik Lettland und wurde im Juli 2007 von Valdis Zatlers abgelöst. Die parteilose Staatschefin sorgte für eine klare Westorientierung des baltischen Staates und bemühte sich um den EU-Beitritt ihres Landes. Heute ist sie stellvertretende Vorsitzende der Reflexionsgruppe der EU.



Vaira Vike-Freiberga, Lettlands Ex-Präsidentin spricht über Russlands Aggression.
Foto: Ela Grieshaber/SGS

Vertraue nur den Eigenen

Putins ehemaliger Berater Andrej Illarionow erklärt die Wandlung des russischen Präsidenten.

Von Matthias Nagl und Thomas Seifert

„Wiener Zeitung“: Hat der Westen etwas falsch gemacht, die Abkehr des russischen Präsidenten Wladimir Putin provoziert?

Andrej Illarionow: Wenn, dann nicht viel. Einige meinen, dass es von September 2001 bis März 2003 tatsächlich Spielraum für gemeinsame Ziele gegeben hätte. Diese Gelegenheit stand in Verbindung mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001, nach denen Wladimir Putin den damaligen US-Präsidenten George Bush anrief. Damals gab es viele Überlegungen zu einer sehr engen Kooperation zwischen Russland und dem Westen. Putin sagte sogar öffentlich, dass er Russland zum Nato-Vollmitglied machen will. Das ist heute unglaublich, damals war es Fakt.

Was änderte Putins Haltung?
Nach dem Krieg gegen Saddam

Husseins Irak bildeten sich neue Allianzen oder Halbballianzen, wie Deutschland, Frankreich und Russland gegen die angelsächsischen Länder USA, Großbritannien et cetera. Es gab klar unterschiedliche Ansichten, wie man mit dem Irak und dem Nahen Osten generell umgehen sollte. Dort liegen die Wurzeln des Gegensatzes, der sich in den vergangenen elf Jahren entwickelt hat. Deshalb meinen einige, die Verantwortung für die jetzige Situation liege bei der Bush-Administration. Es mag eine Grundlage für diese Behauptungen geben, das größere Problem ist aber die Psychologie und die Weltsicht von Putin selbst.

Sie meinen damit seine Haltung zur Sowjetunion.

Putin sprach oft über diese Weltsicht und setzte sie auch um. Er

sagte, der Zusammenbruch der Sowjetunion war die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Er mischte sich in Georgien ein. Die Attacke von 2008 war nur der Knackpunkt einer Aggression gegenüber Georgien, die 1999 begonnen hatte. Es gab einen sehr ähnlichen Ansatz gegenüber Moldawien und den baltischen Staaten. In Kirgistan gab es 2010 sehr ähnliche Ereignisse, die durch eine chinesische Intervention beendet wurden. Das ist im Rest der Welt nicht sehr bekannt.

Was verbindet diese Ereignisse mit der Ukraine?

Die Politik, die Ukraine zu destabilisieren, sie sozusagen auf die Knie zu bringen und Putin die Kontrolle über das Land zu sichern, begann im Jahr 2003. Es

„Wiener Zeitung“: Wie lauten Ihre Vorschläge zur Lösung der Ukraine-Krise?

Miroslav Lajcak: Die Ukraine ist ein Weckruf oder mehr noch: ein Schlag ins Gesicht für Europa, weil wir auf einen so ernsten Konflikt auf europäischem Boden nicht vorbereitet waren. Wir müssen alles tun, um eine politische Lösung zu finden. In der jetzigen Situation ist es sehr wichtig, dass wir als Europäische Union hinter unseren Prinzipien stehen. Die territoriale Integrität der Ukraine wurde verletzt, internationales Recht wurde verletzt, darüber gibt es keine Zweifel. Es ist wichtig, klarzumachen, dass wir nicht gegen jemanden kämpfen, sondern für unsere Prinzipien kämpfen: Für den Respekt vor internationalem Recht, für territoriale Integrität, international anerkannten Grenzen und die Prinzipien der Demokratie.

Dazu hat die EU den Weg der Sanktionen gewählt.

Sanktionen sind schmerzhaft. Es ist nicht einfach, einen globalen Akteur wie Russland zu sanktionieren. Die EU griff erst zu Sanktionen, als alle Versuche, einen politischen Prozess einzuleiten, scheiterten. Es ist wichtig festzuhalten, dass Sanktionen ein Werkzeug und kein Ziel sind. Das ist auch meine Warnung an alle, die nach weiteren Sanktionen rufen: Wir müssen den Prozess kontrollieren, wir müssen wissen, was der nächste Schritt ist. Wir dürfen nicht in eine Situation kommen, nicht mehr zu wissen, was als Nächstes zu tun ist. Das geschah in der Vergangenheit. Für mich sind die Sanktionen dann erfolgreich, wenn sie uns helfen, einen politischen Prozess zu starten.

Die Slowakei ist ein Nachbarland der Ukraine. Wie betreffen die Sanktionen Ihr Land?

Aus mehreren Gründen – unserer geografischen Lage, unserer Abhängigkeit von russischem Öl und Gas – sind wir unter den am stärksten verwundbaren Mitgliedern von EU und Nato. Wir haben die Entscheidung für die Sanktionen mitgetragen, aber für uns ist wichtig, dass jeder dazu bereit ist, die Schmerzen zu teilen und die Konsequenzen von Sanktionen zu tragen. Wir dürfen nicht in eine Situation kommen, wo jeder nur solche Sanktionen fordert, die ihm selbst nicht schaden. Gleichzeitig helfen wir der Ukraine. Am 2. September öffnen wir die Rückfluss-Gasleitung, was den Rückfluss von bis zu 40 Prozent des ukrainischen Gaskonsums erlauben wird. Das ist sehr bedeutend.



Miroslav Lajcak (rechts) im Gespräch mit Thomas Seifert
Foto: Ela Grieshaber/SGS

„Ein Schlag in Europas Gesicht“

Der slowakische Außenminister Miroslav Lajcak spricht über die Ukraine-Krise und den Standpunkt der Slowakei.

Von Matthias Nagl und Thomas Seifert

Polen gilt innerhalb der EU in der Diskussion um Sanktionen als Ukraine-freundlich, Ungarn als pro-russisch. Wo steht die Slowakei da zwischen ihren Nachbarländern?

Es ist immer schwierig, eine Liste von Ländern aufzustellen. Wir haben eine gemeinsame Position aller 28 EU-Länder. Und dann gibt es diverse Äußerungen. Sehr oft unterzeichnen jene, die besonders scharfe Aussagen machen, Verträge mit Russland. Wir sind nicht durch scharfe Äußerungen gegenüber Russland aufgefallen, haben der Ukraine aber gleichzeitig ermöglicht, 40 Prozent ihres Gasbedarfs zu bekommen. Unsere Investition hat das ermöglicht, dafür haben wir kein Geld von der EU-Kommission oder sonst irgendjemandem bekommen. Jeder hat

seine eigene Geschichte und Emotionen mit Russland. Wir können uns nicht gegenseitig für diese oder jene gemeinsame Geschichte mit Russland beschuldigen. Ich glaube, die zentraleuropäischen Länder Österreich, Tschechien und die Slowakei haben eine ähnliche Sicht auf die aktuelle Situation und auf das, was nun notwendig ist.

„ Die Slowakei weiß, wie schmerzhaft es ist, sich selbst zu reformieren und die Bedingungen für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen.“

Die Ukraine hat große wirtschaftliche Probleme. Wie kann die EU der Ukraine helfen?

Ich befürchte, dass viele europäische Politiker – aus welchen Gründen auch immer – mitgeholfen haben, bei den Ukrainern größere Erwartungen zu wecken, als realistisch erreichbar sind. Viele, die von einer europäischen Zukunft für die Ukraine gesprochen haben, haben ein Bild gezeichnet, als ob es keine Notwendigkeit für Reformen gäbe, als ob Europa morgen bereit für eine Erweiterung um die Ukraine wäre. Das ist keine verantwortungsvolle Politik. Die Slowakei weiß, wie schmerzhaft es ist, sich selbst zu reformieren und die Bedingungen für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen. Wir sind da, um der Ukraine zu helfen, aber natürlich muss der Großteil

der Arbeit in der Ukraine gemacht werden.

Auch wenn es aufgrund aktueller Ereignisse unrealistisch erscheint: Es gibt Gespräche über eine breitspurige Eisenbahnverbindung von China in die EU, an der die Slowakei und Österreich Interesse haben. Gibt es abgesehen von den aktuellen Problemen in der Ukraine Potenzial für ein solches Projekt?

Dieses Thema wurde von der falschen Seite angegangen. Es wurde ohne eine richtige Basis bereits zu viel gesagt. Als Basis bräuchte es eine Machbarkeitsstudie, um zu sehen, ob so ein Projekt profitabel wäre und von wem und wie es finanziert werden kann. Wir sprechen da von Milliarden-Eurobeträgen. Erst wenn wir eine ernsthafte Analyse haben, sollen wir eine politische Entscheidung treffen.

Innerhalb der EU wird im Vorfeld des Gipfels am Samstag viel über Kandidaten für die nächste Kommission gesprochen. Ihr Name wird dabei regelmäßig genannt. Werden Sie bald in Brüssel arbeiten?

Die Auswahl für EU-Topjobs ist ein komplexer Prozess, deshalb raubt mir diese Entscheidung nicht den Schlaf. Namen müssen in gewisse Muster passen. Ich vertraue darauf, dass es eine gute Kommission geben wird.

Sie werden auch als Kandidat für den nächsten UNO-Generalsekretär gehandelt. Ihr Name scheint derzeit überall aufzutauchen.

Das schadet zumindest nicht (lacht, Anm.). Ich bin komplett entspannt, was diese Gerüchte betrifft, und mache meinen Job.

Was raubt Ihnen dann den Schlaf, macht Ihnen abgesehen von der Situation in der Ukraine Sorgen?

Neben den aktuellen Krisen, die uns beschäftigen, sind es die beunruhigenden Trends in der EU, die das politische System an sich in Frage stellen. Die selbsternannten Propheten, die Nationalismus, Fremdenhass und Selbstisolierung predigen, sind sehr gefährlich. Es ist ebenso ein gefährlicher Weckruf für Europas Politiker, dass sie den Kontakt zu den Bürgern verlieren. Sie verlieren die Fähigkeit, mit den Bürgern zu sprechen. Das ist eine sehr große Herausforderung für Europa.

Miroslav Lajcak ist Außenminister und Vizepremier der Slowakei. Der 51-jährige Diplomat ist parteiloses Regierungsmitglied.

geht da nicht um die Krim, nicht um Janukowitsch (abgesetzter Ex-Präsident der Ukraine, Anm.), nicht um den Maidan. Diese Politik startete im Jahr 2003. Es wurde praktisch gesagt, Russlands Absicht sei es, Sewastopol und Kiew zu bekommen. Das ist die Umsetzung des ersten Teils des Plans, der zweite Teil liegt noch vor uns. Wenn irgendwelche Leute von Fantasiegebilden wie Neurussland träumen, ist das ihre Sache. Wenn politische Führer von großen Ländern und Atommächten mit solchen Träumen beginnen, wird das zum Problem.

Sie haben als Wirtschaftsberater mit Putin zusammengearbeitet. An welchen Meilensteinen haben sich die Dinge verändert?

Diese Frage ist für Historiker, Politikwissenschaftler, Psychologen

und Analysten sehr interessant. Etwas hat die Leute schockiert: Ich erinnere mich noch sehr gut an das Jahr 2003, als Michail Chodorkowski festgenommen wurde und die öffentliche Attacke auf den Yukos-Konzern begann. Westliche Minister, Diplomaten und Journalisten fragten schockiert, warum es nach zwei, drei Jahren an beeindruckenden Wirtschaftsreformen und Kooperation im internationalen Bereich eine Umkehr gab. Dazu gibt es verschiedene Hypothesen. Manche sagen, dass Putin von Beginn an so war, wie er ist. Andere, dass es mit Vorkommnissen im Tschetschenien-Krieg zu tun hat. Manche sagen, dass er sich in seiner Zeit als Vizebürgermeister von St. Petersburg verändert hat.

Was ist Ihre Ansicht?

Aufgrund seiner persönlichen Ei-

genschaften und dem Umgang im KGB sieht er den engen Kreis von Leuten aus derselben Organisation als die Einzigen, auf die er sich voll und ganz verlassen kann. Diese Organisation bezeichne ich als einen Konzern. Deshalb betrachte ich das heutige Russland als Konzernstaat. In dem Sinn, dass der Staat von einem Konzern besessen wird. Einem Konzern der aktuellen und ehemaligen Agenten des KGB, FSB und anderer Geheimdienste der Sowjetunion und Russlands.

Andrej Illarionow

Der 52-Jährige war von 2000 bis 2005 enger Wirtschaftsberater von Wladimir Putin. Er arbeitet nun für das libertäre Cato-Institut in den USA.



Andrej Illarionow im Schlosspark Leopoldskron. Foto: Ela Grieshaber/SGS

Die Ukraine und die fehlende Glaskugel

Der Politologe Ned Lebow sieht am Ausbruch des Ersten Weltkrieges wenige Parallelen zu heute.

Von Matthias Nagl und Thomas Seifert

„Wiener Zeitung“: In einem Ihrer letzten Bücher geht es darum, was passiert wäre, wenn Thronfolger Franz Ferdinand nicht erschossen worden wäre . . .

Ned Lebow: Es geht darum, was passieren hätte können. Ich habe keine Glaskugel. (lacht)

Das Attentat war angesichts der Folgen, die es ausgelöst hat, ein Zufallsereignis.

Es war ein Zufallsereignis, aber ein Ereignis, das den Krieg ermöglichte. Es erfüllte sechs Bedingungen, die viele andere Ereignisse nicht erfüllt hätten. Zuerst entfernte es den wichtigsten Fürsprecher des Friedens aus Wien. Zweitens vergrößerte es die Macht von Generalstabschef Conrad von Hötzendorf. Wir wissen, dass Franz Ferdinand plante, ihn nach der Rückkehr aus Sarajevo zu entlassen. Kaiser Franz Joseph wendete sich stärker dem Krieg zu, da es bereits das dritte Attentat auf ein Familienmitglied war. Der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg glaubte, dass ihm dieses Szenario ermöglichte, die Russen als Aggressoren zu verraten und dadurch die Unterstützung der Sozialisten zu gewinnen. All diese Dinge passierten wegen der Schüsse von Sarajevo. Ich argumentiere, dass ein anderes Ereignis, das diese Bedingungen hervorgerufen hätte, schwer vorstellbar ist. Dass ein anderes Land den Krieg begonnen hätte, ist noch schwerer vorstellbar. Dass Europa augenfällig auf eine Auseinandersetzung gewartet

hat, ist meiner Meinung nach die am meisten überbeanspruchte und auch falsche Metapher.

In der Ukraine und im Nahen Osten gab es zuletzt schon einige unvorhergesehene, tragische Zufallsereignisse. Wie stark ist Geschichte von Zufallsereignissen gesteuert?

Ich wäre sehr vorsichtig dabei, 1914 mit heute zu vergleichen. Das ist eine falsche Analogie. Heute wissen wir, dass Krieg zwischen den Großmächten eine völlige Katastrophe ist. 1914 gab es nicht genug Leute, die das erkannten, schon gar nicht unter den Entscheidungsträgern.

Zurück zu Ihrem Buch. Wäre Österreich noch eine Weltmacht, wenn Franz Ferdinand nicht ermordet worden wäre?

Man kann einen kurz- und langfristigen Blick auf das Schicksal Österreich-Ungarns werfen. Das Überleben eines Reichs getrieben von zentralisierenden, nationalistischen Kräften ist unvorstellbar. Der einzig vorstellbare Weg, auf dem Österreich-Ungarn überleben hätte können, war Franz Ferdinands Idee des Trialismus mit den Slawen als dritter Komponente. Es hätte aber auch eine Einigung mit den Tschechen gebraucht, die noch schwieriger zu erreichen gewesen wäre. Es gibt keinen Zweifel, dass sich die Spannungen verstärkt hätten. Wiens Reaktion darauf wäre eher gewesen, die Zügel anzuziehen als stärkere Autonomie zu erlauben. Das vorausgesetzt wäre es also

nur eine Frage der Zeit gewesen, bis Österreich-Ungarn zerbrochen wäre. Im Rückblick schauen wir gerne nostalgisch auf Österreich-Ungarn, weil wir wissen, was nach seinem Zerfall passierte. Dieses Wissen hatte damals niemand.

Kurz davor, an der Wende zum 20. Jahrhundert, war Wien eine der modernsten Städte mit einer vermeintlich großen Zukunft. Was sagt uns das über die Unvorhersehbarkeit der Zukunft?

Das für gegeben anzunehmen, was man besitzt, ist sicherlich zweischneidig, blendet einen auch im Hinblick auf Katastrophen, die um die Ecke lauern können. Denken Sie nur an die Erderwärmung. Wir alle wissen, dass es sie gibt. Für viele Leute ist es aber komfortabler, vorzugeben, dass sie nicht passiert. Irgendwann wird der Zeitpunkt kommen, an dem sich unsere Optionen stark einengen. Es gibt bekannte Bedrohungen und unbekannte Bedrohungen. In beiden Fällen gibt es oft starke Leugner.

Es gibt die Meinung, dass es Parallelen zwischen Österreich-Ungarn und der Europäischen Union als multi-ethnischem und multi-nationalem Zusammenschluss gibt. Kann man aus der Geschichte lernen, wie man Zersplitterung vermeidet?

Ja, das kann man sicher. Aber mit Vergleichen zwischen Österreich-Ungarn im Jahr 1914 und der EU sollte man vorsichtig sein. Wer war für den Erhalt und die Stärkung von Österreich-Ungarn? Die



Ned Lebow: Europa hat beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht auf eine Auseinandersetzung gewartet.

Foto: Ela Grieshaber/SGS

Aristokratie. Sie war bereits sehr international und deshalb stark gefährdet durch den Nationalismus. Die Juden ebenso, für sie war Österreich-Ungarn eine kräftige Quelle der Befreiung und des Schutzes. Die EU ist im Gegensatz dazu aus vielen Staaten zusammengesetzt. Innerhalb dieser Staaten haben fast alle ein gewisses Maß an ethnischen Problemen. Aber fast kein Staat hat so ernste Probleme, wie sie Österreich-Ungarn 1914 hatte. In diesem Sinn könnte man argumentieren, dass der wesentlichste Grund beider Weltkriege die Modernisierung Europas war. Europa zahlte dafür im 20. Jahrhundert einen schrecklich hohen Preis. Westeuropa hat diesen Schritt nun getan und ein Level an politischer Organisation

und Konsens erreicht, das es in eine sehr andere Situation bringt. Auch diese wirtschaftliche Krise Europa überleben.

Und Osteuropa?

In Osteuropa sind die Probleme der Modernisierung noch nicht endgültig gelöst. Das ähnelt der Situation von 1914 stärker.

Richard Ned Lebow ist Professor für internationale politische Theorie am King's College London und Professor Emeritus am Dartmouth College in Hanover, New Hampshire, USA. Mit „Archduke Franz Ferdinand Lives! A World Without World War I“ veröffentlichte Lebow heuer ein vielbeachtetes Buch.

„Wiener Zeitung“: Sie beschäftigen sich mit der Zerbrechlichkeit von Ländern. Die interessante Frage dabei ist doch, wie können wir herausfinden, wo die Bruchstelle ist, an der Länder zerbrechen?

Nassim Taleb: Das können wir nicht. Ich verwende immer die Metapher einer zerbrechlichen Brücke: Man kann nicht vorhersagen, bei welchem Auto oder Lastwagen, der darüber fährt, die Brücke einstürzt. Man kann nur sagen, dass sie einstürzen wird. Das ist ein technischer Zugang. Es gibt Systeme, die Unordnung brauchen. Und ohne politische Unordnung bricht ein Land früher oder später zusammen. Es wird kaum beachtet, dass auch ein politisches System eine Reihe von Erhaltungsmaßnahmen braucht. Mein Zugang ist also folgender: Der einfachste Weg herauszufinden, welches Land zusammenbrechen wird, ist nach jenem Land zu suchen, das in Sachen Unordnung benachteiligt ist. Was passiert, wenn ein Land Unordnung möchte und keine Unordnung bekommt? Es bricht zusammen. Im Jahr 2007 prognostizierte ich das in meinem Buch „Der Schwarze Schwan“ für Syrien und Saudi-Arabien. Syrien geht es, wie wir alle wissen, nicht sehr gut.

Saudi-Arabien ist aber noch stabil. Wenn der Ölpreis langfristig auf diesem niedrigen Niveau bleibt, wird auch Saudi-Arabien zusammenbrechen. Saudi-Arabien sind eigentlich drei Länder und nicht eines. Den Schiiten steht ein Anteil am Öl zu. Ihnen diesen zu verwehren, wird nicht ewig gut gehen. Stadtstaaten sind heute das beste Organisationsformat. Schauen Sie sich den Erfolg von Dubai im Vergleich zu Saudi-Arabien an. Dubai hat zwar nicht die gleichen Ressourcen, aber schauen Sie sich die Stabilität und die Offenheit Dubais an.

Ein Land im Nahen Osten, das sie sich näher angesehen haben und das die Krisen rundherum vergleichsweise gut überstanden hat, ist ihr Geburtsland, der Libanon. Wie kommt das?

Im Libanon ist der Staat schwach. Die Levante funktioniert mit schwachen Staaten. Wenn ich die Levante neu gestalten würde, wäre sie städtisch geführt, so wie es früher war. Beirut hatte im 19. Jahrhundert nichts mit den osmanischen Verwaltungseinheiten im Libanon zu tun. Es war eine eigenständige Einheit und betrieb eigenständig Handel, etwa mit Fran-

kreich. So wie Alexandria, Smyrna (damaliger lateinischer Name von Izmir, Anm.), Thessaloniki und Aleppo. Alle waren selbständige Einheiten und blühten. Was passierte dann aber? Das Problem der Region ist nicht der Islam, das Problem Syriens und des Irak ist die Einheitspartei Baath. Wenn man von einem Modell der Souks (Handelszentren in arabischen Städten, Anm.) zu einem bürokratischen Modell nach sowjetischer Art wechselt, kommt es zu Problemen.

Wenn wir das richtig verstehen,

ist Zentralisierung also potentiell gefährlich.

Es ist das gefährlichste auf der ganzen Welt. Es kommt natürlich darauf an, was Sie Zentralisierung nennen. Wieviele Einwohner hat Österreich?

In etwa acht Millionen.

Österreich könnte man also zentralisieren. Deutschland kann man nicht zentralisieren. Ich werde immer wieder gefragt, warum Deutschland wirtschaftlich so blüht. Die Alliierten wollten nach dem Zweiten Weltkrieg Machtkonzentration in Berlin verhindern. Sie zwangen das politische System, aus Bundesländern zusammengesetzt zu sein. Und schauen sie sich die Geschichte an: Die Unternehmen, der berühmte Mittelstand. Deutschland ähnelt heute in Sachen Organisation der Schweiz.

Nassim Taleb (55) ist Professor für Risikoanalyse am Institut für Ingenieurwissenschaften der New York University. Der gebürtige Libanese arbeitete 20 Jahre als Wertpapierhändler bevor er mit dem Buch „Der Schwarze Schwan“ zum Bestseller-Autor wurde. Sein jüngstes Buch ist „Antifragilität“.

Unordnung als Überlebensstrategie

Der Risikoforscher Nassim Taleb rät Staaten ein gesundes Maß an Unordnung. Zu starre Systeme sind instabil.

Von Matthias Nagl und Thomas Seifert

Saudi-Arabien ist aber noch stabil. Wenn der Ölpreis langfristig auf diesem niedrigen Niveau bleibt, wird auch Saudi-Arabien zusammenbrechen. Saudi-Arabien sind eigentlich drei Länder und nicht eines. Den Schiiten steht ein Anteil am Öl zu. Ihnen diesen zu verwehren, wird nicht ewig gut gehen. Stadtstaaten sind heute das beste Organisationsformat. Schauen Sie sich den Erfolg von Dubai im Vergleich zu Saudi-Arabien an. Dubai hat zwar nicht die gleichen Ressourcen, aber schauen Sie sich die Stabilität und die Offenheit Dubais an.

Ein Land im Nahen Osten, das sie sich näher angesehen haben und das die Krisen rundherum vergleichsweise gut überstanden hat, ist ihr Geburtsland, der Libanon. Wie kommt das?

Im Libanon ist der Staat schwach. Die Levante funktioniert mit schwachen Staaten. Wenn ich die Levante neu gestalten würde, wäre sie städtisch geführt, so wie es früher war. Beirut hatte im 19. Jahrhundert nichts mit den osmanischen Verwaltungseinheiten im Libanon zu tun. Es war eine eigenständige Einheit und betrieb eigenständig Handel, etwa mit Fran-

kreich. So wie Alexandria, Smyrna (damaliger lateinischer Name von Izmir, Anm.), Thessaloniki und Aleppo. Alle waren selbständige Einheiten und blühten. Was passierte dann aber? Das Problem der Region ist nicht der Islam, das Problem Syriens und des Irak ist die Einheitspartei Baath. Wenn man von einem Modell der Souks (Handelszentren in arabischen Städten, Anm.) zu einem bürokratischen Modell nach sowjetischer Art wechselt, kommt es zu Problemen.

Wenn wir das richtig verstehen,

„Modischer Pessimismus“

Australiens Ex-Premier Kevin Rudd rät Europa zu mehr Reflexion und sieht China mit sich selbst beschäftigt.

Von Matthias Nagl und Thomas Seifert

„Wiener Zeitung“: Australien, das Land, in dem Sie – mit einer Unterbrechung – von 2007 bis 2013 Premierminister waren, hat die Gnade der Geografie. Der Kontinent ist von den aktuellen Krisenherden in der Ukraine oder im Nahen Osten weit entfernt. Wie beurteilt man in Australien – sozusagen aus der Distanz – die Lage?

Kevin Rudd: Die internationale Ordnung steht unter erheblichem Druck. Sie tut das nicht nur hier in Europa, sondern auch in der asiatischen Hemisphäre. Die Frage für die internationale Gemeinschaft ist nun, wie wir die Brüche im System am besten behandeln. Ich glaube, es ist möglich, das zu schaffen.

Sie haben Probleme in der asiatischen Hemisphäre angesprochen. Wo sehen Sie da den größten Druck? In Asien haben wir mit Abstand mehr aktuelle territoriale Auseinandersetzungen als in Europa. Wir haben territoriale Auseinandersetzungen zwischen Nuklearstaaten, eine geteilte koreanische Halbinsel, einen Konflikt quer über die Straße von Taiwan, dazu kommen Probleme im Ostchinesischen Meer, im Südchinesischen Meer und der immer wieder aufflackernde territoriale Konflikt zwischen Indien und Pakistan. Zusätzlich gibt es noch wachsende Nationalismen überall in Asien. Nichtsdestotrotz haben wir den Frieden bisher aufrechterhalten. Und das ist zum Teil ein Erfolg des internationalen Systems. Doch dieses System steht unter Druck, ist teilweise zu schwach oder unzeitgemäß. In Asien muss dieses System dringend mit robusteren Institutionen ergänzt werden.

Vor welchen Herausforderungen steht Europa aus Ihrer Sicht?

Eines möchte ich zu Europa sagen, bevor alle auf diesem Kontinent in totalen Pessimismus verfallen: Denken Sie darüber nach, was Sie bisher erreicht haben. Mit der Konstruktion der Europäischen Union sind fünf Jahrhunderte mit beinahe endlosen Kriegen zwischen den Großmächten Deutschland, Frankreich, Spanien und Großbritannien für immer Geschichte. Europa hat das durch ein politisches Konstrukt geschafft, das bescheiden begann und sich immer weiter entwickelte. Heute ist es unvorstellbar, dass es jemals wieder einen Krieg zwischen Deutschland, Großbritannien oder Frankreich geben wird. Aus einer historischen Perspektive ist das ein außergewöhnlicher, bemerkenswerter Erfolg. Es gibt eine große Gefahr, diesen großen Kontext angesichts der aktuellen Herausforderungen zwischen Zentraleuropa und Russland aus den Augen zu verlieren. Die Herausforderungen sind kontrollierbar und machbar, wenn auch schwierig, aber die Probleme in der Ukraine sind nicht das Ende der Weltordnung. Dieses in manchen Ecken Europas vorherrschende Denken bezeichne ich als maßlos modischen Pessimismus.

Asien entwickelt sich unglaublich rasant, China ist der Angelpunkt und Eckpfeiler des Kontinents und wird bald die größte Volkswirtschaft der Welt sein, hat aber auch eigene Probleme, wie wachsenden Nationalismus.

Um den Chinesen nicht unrecht zu tun: Nationalismus ist kein alleiniges chinesisches Phänomen.



Kevin Rudd beim Interview im Schlosspark von Schloss Leopoldskron beim Salzburg Global Seminar.

Foto: Ela Grieshaber/SGS

Trotzdem wurden die Nationalismen bisher gelenkt und zurückgehalten. Die chinesische Führung versteht ganz genau, dass ihr ein militärischer Konflikt, an dem China beteiligt ist, genauso wenig nutzt wie der ganzen Region. In China gibt es einen sehr nüchternen Blick auf die Zukunft des asiatischen Kontinents. Chinas wichtigste Priorität ist, die Wirtschaft zu entwickeln. Das Land ist in einer Periode massiver Umwälzungen. In dieser Situation will China keinen regionalen Konflikt, der diesen Transformationsprozess unterbricht. Die Herausforderung ist nun, die verschiedenen Nationalismen zu handhaben, ohne dass wir – nicht absichtlich, aber zufällig – in einem Konflikt landen. Dazu brauchen wir aus-

reichend vertrauensbildende Maßnahmen in der Region. In Europa, wo Ihr alle so pessimistisch seid, habt Ihr die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Europäische Union. Es gibt Institutionen und Strukturen und eine belastbare Friedensarchitektur. In Asien haben wir nichts dergleichen. Ich bin ein aktiver Unterstützer einer Asien-Pazifik-Gemeinschaft, in der es einen wachsenden Sinn für gemeinsame Sicherheit, Wohlstand und Umweltprobleme gibt.

Was ist Ihr Eindruck von Chinas Präsident Xi Jinping und der neuen chinesischen Führung?

Xi Jinping ist der stärkste chinesische Politiker seit Deng Xiaoping. Er glaubt an den Erhalt des

aktuellen politischen Systems. Sein Rezept dafür ist erstens das Aufräumen in der Kommunistischen Partei. Zweitens setzt er auf weiteres Wirtschaftswachstum, aber unter besserer Berücksichtigung der Umwelt.

Kevin Rudd war zweimal (2007 bis 2010 und 2013) Australiens Premierminister. Nach einer Niederlage seiner Labor-Partei bei den Parlamentswahlen 2013 zog er sich aus der Politik zurück. Rudd begann seine Karriere 1981 als Diplomat und war an den Botschaften in Stockholm und Peking tätig. Rudd spricht fließend Hochchinesisch und ist ein ausgewiesener Kenner Chinas.

„Wiener Zeitung“: Indien hat seit einigen Monaten eine neue Regierung. Wie hat sich Indiens Außenpolitik durch den Regierungswechsel verändert?

Hardeep Puri: Die Außenpolitik hat im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle gespielt, ist aber trotzdem mitgeschwungen. Etwa mit der Frage, wie sich Indien in seiner unmittelbaren Nachbarschaft positionieren soll. Etwas Orientierung bietet das Wahlprogramm der jetzigen Regierungspartei BJP. Dort steht recht deutlich, dass die nachbarschaftlichen Beziehungen in teilweise baufälligem Zustand sind, und wir den Ländern in unserer Nachbarschaft stärker entgegenkommen müssen. Die Entscheidung von Premierminister Narendra Modi, die Regierungschefs der Länder der Südasiaten Vereinigung für regionale Kooperation zu seiner Amtseinführung einzuladen, war gut durchdacht und wurde gut aufgenommen. Das hat diesen Ländern das Signal gesandt, dass Indien ein Interesse an ihrer Sicherheit und ihrem Wohlergehen hat und anstrebt, dass diese Region eine wichtige Komponente des indischen Wirtschaftswachstums wird. Premierminister Modi hat durch die Wahl ein umfassendes Mandat. Das gibt ihm die Autorität und Flexibilität, die Außenpolitik neu zu entwerfen.

„China ist nicht für unsere Trägheit verantwortlich“

Der indische Diplomat Hardeep Puri spricht über die neue indische Außenpolitik und das Verhältnis zu den Nachbarn.

Von Matthias Nagl und Thomas Seifert

Was heißt das für die Beziehungen zu Pakistan?

Es ist offensichtlich, dass jeder indische Regierungschef bessere Beziehungen zu Pakistan wollen würde. Allerdings braucht es dafür auch objektive Bedingungen in Pakistan selbst. Es braucht eine politische Führung in Pakistan, die fähig ist, die Armee, den Geheimdienst ISI und andere Gruppen unter Kontrolle zu halten, um eine dauerhaft friedliche Beziehung mit Indien zu formen. Wenn man die Entwicklungen in Pakistan betrachtet, ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass das passiert.

China will mittels eines Korridors durch Pakistan Zugang zum Arabischen Meer. Wie sieht Indien die verstärkten Beziehungen zwi-

schen China und Pakistan?

Ich kann nicht für die indische Regierung sprechen, sondern Ihnen nur meine Ansicht mitteilen. Pakistan hat illegalerweise große Territorien an China abgetreten, die eigentlich zu Indien gehören. Das ist Fakt. Pakistan hat China erlaubt, in Kaschmir extrem aktiv zu sein. Das ist genauso Fakt, wie die Tatsache, dass China einen Hafen in Pakistan baut. Wie soll man damit umgehen? Wir müssen uns mit China bilateral beschäftigen. Die neue Regierung hat mit einem Intensivieren der Kontakte mit den Chinesen eine Möglichkeit, diese Bedenken klarzumachen. Premierminister Modi sieht in wirtschaftlichen Projekten eine starke Kooperation mit China. Der nüchterne Politiker in ihm sieht aber auch,

dass es bei den Beziehungen zu China eine Sicherheitsdimension und unerledigte bilaterale Themen gibt. Wir dürfen die Chinesen aber nicht für unsere eigene Trägheit und ineffiziente Umsetzung von Projekten im Ausland verantwortlich machen. Die gute Nachricht ist, dass sowohl unser Premierminister als auch die chinesische Führung realisieren, dass es riesiges Potenzial in den bilateralen Beziehungen gibt.

Bei der Frage nach der Neuordnung von internationalen Gremien wie dem UNO-Sicherheitsrat und den Bretton-Woods-Institutionen sitzt Indien mit den BRICS-Staaten und anderen aufstrebenden Nationen im gleichen Boot. Das interessante an dieser Debatte

ist die Erwägung von Alternativen, die diese Institutionen nicht ersetzen, aber zusätzliche Kooperationskanäle sein können.

Wie die G20...

Genau. Warum sind die G20 entstanden? Beim Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 hätte kein UN-Gremium die Ressourcen gehabt, damit umzugehen. Der Internationale Währungsfonds war zu klein, um damit umzugehen, die Weltbank hatte keine Idee, wie sie damit umgehen sollte. Die G20 existierten bereits seit der Ostasienkrise in den späten 1990ern und trafen sich auf Finanzminister-Level. Dann kam die Idee, das Ganze auf das Level der Regierungschefs zu heben. Und es funktionierte. Ich würde nicht sagen, dass dort das Problem ansatzweise gelöst wurde. Aber die gesamtwirtschaftliche Koordination, die benötigt wurde, konnte so bereitgestellt werden. Danach hatte der G20-Zirkel nicht mehr viele Ideen. Es wurden aber unrealistische Dinge, die die G20 nicht leisten konnten, verlangt.

Hardeep Singh Puri (62) war langjähriger indischer Diplomat und von 2009 bis 2013 Botschafter Indiens bei den Vereinten Nationen. 2014 trat er der indischen Regierungspartei BJP bei.

„Wiener Zeitung“: Das vergangene Jahr brachte der Welt just im Gedenkjahr zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs einige Krisenherde, mit denen nur die wenigsten rechneten. Können wir in dieser Situation aus der Geschichte lernen?

Terje Rød-Larsen: Ich denke, dass besonders die Phase vor August 1914, als der Sturm stärker wurde und schließlich Blitz und Donner ausbrachen, eine Lehrstunde für unsere Zeit ist. Denn es gibt auffällige Parallelen zwischen 1914 und 2014. 1914 gab es zum Beispiel zwei riesige Imperien. Das Osmanische Reich bröckelte bereits, das Österreichisch-Ungarische Imperium drohte zu zerbröckeln. Es gab also eine Leere, in die Akteure dieser zwei Imperien vorstießen. Heute gibt es die Wahrnehmung, dass die USA zwar nicht zerbröckeln, aber sich von ihrer Rolle als Weltpolizist zurückziehen. Das bietet nun plötzlich allen möglichen nicht-staatlichen Akteuren und Staaten Raum. Ähnliches ist auf regionaler Ebene im Nahen Osten zu beobachten. Ägypten, eigentlich der natürliche Hegemon der Arabischen Welt, ist aufgrund der seit einigen Jahren andauernden turbulenten Situation im Land nach innen gewandt. Das hat eine regionale Leere erzeugt. In diesem Sinn gibt es einige Lektionen von 1914 für 2014.

Sehen Sie sonst noch Parallelen zwischen den beiden Jahren?

Die technologische Revolution, die in den Jahren vor 1914 und während des Krieges stattfand. Es gab damals eine ganze Reihe von wichtigen Erfindungen: das Telefon, das Auto, Flugzeuge. Das änderte nicht nur den Alltag der Menschen, sondern auch die Kriegsführung. Davor waren Wehranlagen wichtige Bestandteile der damaligen Verteidigungssysteme. Die neuen Waffentechniken machten solche Wehranlagen, die schon seit der Erfindung der Kanone zusehends an Bedeutung eingebüßt hatten, völlig überflüssig. Heute gibt es ebenfalls einen Wandel in mili-

tärischer Taktik, denken Sie nur an Drohnensysteme. Das Unheimlichste ist, dass im Juli 1914 nur sehr wenige glaubten, dass es Krieg geben wird, und niemand glaubte, dass es ein Weltkrieg sein wird. Als der Krieg losbrach, glaubten alle an einen kurzen Krieg mit einem schnellen Ende. Es gab einen tragischen, aber eher kleinen Auslöser: die Schüsse von Sarajevo. Manche Historiker sagen, hätte es diese Schüsse nicht gegeben, dann hätte eben etwas anderes den Krieg ausgelöst. Die Lehre daraus: Überreaktionen auf Ereignisse sind immer dann möglich, wenn die Spannungen stark sind und das politische Klima emotional aufgeladen ist. Ich glaube also, dass wir in einer sehr gefährlichen Situation sind. Was aber nicht heißt, dass die Lage in der Ukraine oder im Nahen Osten unkontrollierbar geworden ist. Was wir aber bräuchten, wäre ein politisches Führungspersonal, das die Lage kontrollieren kann.

Was fehlt den Machteiliten von heute?

Führungskraft, Leadership. Lassen Sie es mich so erklären: Otto von Bismarck schaffte es, ein politisches Gleichgewicht her-

zustellen. Er sah, dass Allianzen geschmiedet wurden, die Deutschlands Macht Einhalt gebieten würden, sollte Deutschland zu expansionistisch werden. Kaiser Wilhelm fehlte diese Einsicht. Diese zwei Modelle gibt es: Otto von Bismarck – sein Geburtstag jährt sich

im kommenden Jahr übrigens zum 150. Mal – und Kaiser Wilhelm.

Was lehrt dieser Bismarck-Kaiser-Wilhelm-Vergleich heute?

Russlands Präsident Wladimir Putin muss sich entscheiden: Will er Bismarck sein oder Kaiser Wil-



Terje Rød-Larsen hat gemeinsam mit dem Salzburg Global Seminar die Konferenz organisiert.
Foto: Ela Grieshaber/SGS

helm sein? Das ist die Kernfrage unserer Zeit. Wird er die Situation in der Ukraine weiter eskalieren lassen oder schafft es Putin, ein Gleichgewicht mit den westlichen Mächten, der EU und der ukrainischen Führung herzustellen?

Russland ist keine ökonomische Großmacht mehr und hat auch andere Probleme, etwa eine schrumpfende Bevölkerung.

Die Sache ist uneindeutig, Vorhersagen sind schwierig. Nach den Umbrüchen von 1989 und dem Ende der Sowjetunion 1991 und den turbulenten Jahren unter Präsident Boris Jelzin machte Russland unter Putin in gewisser Weise einen Wieder-Aufstieg durch. Die russische Wirtschaft steckt nun aber in enormen Schwierigkeiten. Bemerkenswert ist, dass die Beliebtheit von Wladimir Putin nach der Okkupation der Krim auf einem Höhepunkt war. Geht es von nun an bergab? Das ist die Frage.

Könnte eine Neuauflage des Wiener Kongresses, der von 1814 bis 1815 dauerte, in ähnlicher Form in dieser Situation eine Hilfe sein?

Es gibt einen fundamentalen Unterschied. Der Wiener Kongress fand nach dem Fall von Napoleons Reich statt. Die Sieger ergriffen die Initiative, um eine neue Weltordnung zu schaffen. Wenn sich die Dinge heute schlecht entwickeln, sind wir nicht im Jahr 1918, sondern wir stehen im Jahr 1913 – ein Jahr vor dem Krieg –, wenn Sie vom schlechtesten Fall ausgehen. So eine Neuordnung findet in der Regel nach einem Krieg oder nach schlimmen Wirren statt. Damit will ich aber keineswegs einen Dritten Weltkrieg vorhersagen!

Terje Rød-Larsen ist seit 2005 Präsident des International Peace Institute mit Sitz in Wien, New York und Manama, Bahrain. Rød-Larsen war Motor einer Reihe von Vermittlungsmissionen, vor allem im Nahen Osten zwischen Israel und der PLO.

„Unsere Analysefähigkeit hat gelitten“

Wie sich die internationale Diplomatie auf den Wandel einstellen muss, erklärt Ex-Diplomat Daryl Copeland.

Von Matthias Nagl und Thomas Seifert

„Wiener Zeitung“: In weiten Teilen der Welt gibt es eine Zunahme von Krisen. Viele dieser Krisen sind durch Merkmale gekennzeichnet, die es aufgrund der technologischen Veränderungen früher nicht gegeben hat. Was bedeutet das alles für die Problemlösung durch Verhandlungen, für die Diplomatie?

Daryl Copeland: Die Probleme der Diplomatie – ein Imageproblem, ein Problem der Inhalte, sinkendes Ansehen – waren noch nie ernster als heute. Es braucht also eine radikale Reform. Wir müssen Diplomatie wieder mit der Welt, die sie umgibt, in Einklang bringen. Das bedeutet auch einen Umbau der Außenministerien, falls wir eine Chance haben wollen, diese Konflikte durch Dialog und nicht durch Konflikte lösen wollen.

Wenn wir annehmen, dass auch der Nationalstaat in der Krise ist und durch ethno-religiöse Identi-

täten ersetzt wird, wie wir das bereits im Nahen Osten sehen können. Können wir davon ausgehen, dass wir Probleme in diesem Umfeld durch den traditionell diplomatischen Zugang am grünen Tisch lösen können?

Genau das ist das Problem der Diplomatie. Sie war viel zu staatszentriert und viel zu stark auf Konventionen konzentriert. Die nicht-traditionellen Sicherheitsrisiken werden zu wenig beachtet. Wir sind zu oft von den Schlagzeilen beeinflusst. Da dominieren die aktuellen Krisen. Das sind natürlich wichtige Probleme, ich glaube aber nicht, dass sie den Planeten zerstören werden. Wenn wir uns aber die nicht-konventionellen Sicherheitsrisiken anschauen, ob das abnehmende Artenvielfalt, der Klimawandel, Unsicherheit in der Nahrungs- und Wasserversorgung oder ähnliches ist. Das

sind unglaublich schwierige, sehr komplexe und nicht-traditionelle Themen, die uns langfristig in viel größere Probleme bringen können, als wir sie heute haben. Die Außenministerien und internationalen Organisationen haben aktuell einfach nicht die Kapazitäten, mit diesen Themen zurechtzukommen. Hier brauchen wir eine Revolution.

All das hat wenig mit dem massiven technologischen Wandel zu tun, in dem wir uns befinden. Wie großen Einfluss hat dieser Wandel auf die Veränderung der globalen Kräfteverhältnisse?

Es gibt absolut keinen Zweifel, dass sich die Weltordnung verschiebt. Wir sind aber noch nicht bereit, uns daran anzupassen und militärisch wird das nicht funktionieren. Es wird nötig sein, neuen Akteuren eine Stimme zu geben.

Da geht es nicht nur um Regionen wie Asien, Lateinamerika und Afrika, sondern auch um Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen. Ganz wesentlich beteiligt an dieser Entwicklung sind Wissenschaft und Technologie. Allerdings mangelt es nicht nur an Ressourcen, die Diplomatie ist auch zu wenig in den Fortschritt integriert. Die Außenministerien und internationalen Organisationen wenden sich zunehmend sozialen und digitalen Medien zu. Diese haben viele positive Eigenschaften. Das Problem ist aber, dass die sozialen und digitalen Medien anfällig für Manipulation und Missbrauch sind. Da sie hochzentralisiert sind, können sie leicht unterbrochen werden. Zu guter Letzt gibt es einfach keinen Ersatz für direkten menschlichen Kontakt. Vertrauen und Respekt sind in der Diplomatie sehr wich-

tig. Das Problem mit sozialen Medien ist, sie sind indirekt.

Wie könnte der technologische Wandel positiv zur Kommunikation zwischen Entscheidungsträgern beitragen?

Ich halte quelloffene und von der Gemeinschaft getragene Problemlösungen und Politikentwicklung für einen guten Ansatz. Man sollte die Bürgerschaft und das Gemeinwesen mit den neuen Technologien in die Problemlösung und die Entwicklung der Politik einbinden. Es wäre schlau, sich der Intelligenz, die es unter den Bürgern weltweit gibt, zu bedienen.

Daryl Copeland ist aktuell leitender Wissenschaftler am Canadian Defence and Foreign Affairs Institute. Der Kanadier arbeitete von 1981 bis 2011 als Diplomat und machte sich nach seiner Diplomatenkarriere mit dem Buch „Guerilla Diplomacy“ einen Namen.